

Molitor, Bernhard

Article — Digitized Version

Konjunkturaussichten der EWG für 1971

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bernhard (1971) : Konjunkturaussichten der EWG für 1971, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 77-81

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134223>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturaussichten der EWG für 1971

Bernhard Molitor, Brüssel

Der seit 1967 in der Gemeinschaft zu beobachtende Konjunkturaufschwung, der durch immer stärker ausgeprägte Überhitzungssymptome gekennzeichnet war, hat im Laufe des Jahres 1970 seinen Höhepunkt überschritten. Mehrere Ursachen haben dabei mitgewirkt: Die Bremsen der in allen Mitgliedsländern – vielfach allerdings erst spät oder mit unzureichender Intensität – ergriffenen Restriktionsmaßnahmen begannen zu greifen. Die expansiven Impulse, die von der Weltkonjunktur auf die Gemeinschaft ausgingen, haben sich – namentlich unter dem Einfluß der Konjunkturabkühlung in den Vereinigten Staaten – fühlbar abgeschwächt; spontane Marktkräfte, wie insbesondere die Normalisierung der zuvor exzessiven Lagerbildung bei einigen wichtigen Grundstoffen und die Beruhigung des bisher längsten in der Gemeinschaft zu verzeichnenden Investitionsbooms, wirkten ihrerseits in Richtung einer gewissen Entspannung.

Insgesamt gesehen fiel die Verlangsamung des Wachstums des realen Bruttosozialprodukts 1970 niedriger aus, als es im Herbst 1969 erwartet wurde¹⁾. Die Zunahme belief sich in der Gemeinschaft auf knapp 6%, nach einem Anstieg um 7% im Jahre 1969. So erfreulich dieses Ergebnis auch ist, so darf doch nicht übersehen werden, daß es mit einer weiteren Verschlechterung der Gleichgewichtsbedingungen einherging. Die Beruhigung der Expansion der Nachfrage, die in einigen Industriezweigen zu einer Verringerung des Arbeitskräftebedarfs und zu einer leichten Abnahme der Kapazitätsauslastung führte, hatte bisher keine spürbaren preisdämpfenden Wirkungen.

Die Inflationstendenzen, die zu Beginn des Jahres 1970 sehr ausgeprägt waren, haben sich daher während des ganzen Jahres fortgesetzt, in einigen Ländern sogar noch verstärkt. Insgesamt war da-

her der Preisanstieg 1970 der stärkste, der jemals seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes in einem Jahr verzeichnet wurde. Der implizite Preisindex des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft dürfte 1970 um rd. 6,5% und der Preisindex des privaten Verbrauchs um 4,5 bis 5% gestiegen sein.

Veränderte Inflationsursachen

Dabei haben sich die Ursachen der inflationstendenzen deutlich gewandelt. Einmal gehen von den güterwirtschaftlichen Beziehungen mit den Nichtmitgliedsländern nur noch relativ schwache inflationäre Impulse auf die Gemeinschaft aus. Die Handelsbilanz (cif/fob) der Gemeinschaft, die 1968 einen Überschuß in Höhe von 1,7 Mrd. Dollar und 1969 ein Defizit von nur 8 Mill. Dollar aufwies, dürfte 1970 ein Defizit von über 1 Mrd. Dollar erreicht haben. Der Überschuß der laufenden Zahlungsbilanz hat sich infolgedessen spürbar verringert. Hinzu kommt, daß die Verteuerung der Weltmarktpreise für wichtige industrielle Rohstoffe, die 1969 einen wichtigen Preisauftriebsfaktor darstellte, seit dem Frühjahr 1970 zum Stillstand gekommen ist und sogar einer Baissetendenz Platz gemacht hat.

Dagegen ist eine deutliche Umkehr der Liquiditätsströme zwischen der Gemeinschaft und den Nichtmitgliedsländern zu beobachten, durch die

¹⁾ Vgl. Bernhard Molitor: Konjunkturaussichten in der EWG für 1970. in: WIRTSCHAFTSDIENST, 50. Jg. (1970), H. 3, S. 177 ff.

Dr. Bernhard Molitor ist Direktor für Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und für Konjunktur bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. In dem vorliegenden Beitrag äußert der Autor seine persönliche Ansicht.

die Inflationstendenzen in Europa neue Nahrung erhalten und insbesondere die Wirkungen der restriktiven Geld- und Kreditpolitik der Notenbanken spürbar beeinträchtigt werden.

Aber nicht nur im außenwirtschaftlichen Bereich hat sich eine Verschiebung in den den Preisauftrieb begünstigenden Faktoren ergeben, sondern auch innerhalb der Gemeinschaft. So hat gegenwärtig die Nachfrage-/Angebotskonstellation als Preisauftriebsfaktor sicherlich eine erheblich geringere Bedeutung als Anfang 1970, wenn auch in dieser Hinsicht Unterschiede von Land zu Land und von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig bestehen. Allgemein ist es in der Gemeinschaft Anfang 1971 zu einem spürbaren Abbau der Übernachfrage gekommen.

Das Nachlassen der konjunkturellen Spannungen, das daraus auf wichtigen Gütermärkten resultierte, fand jedoch in den letzten Monaten in der Lohn- und Preisentwicklung kaum einen Niederschlag. Der Anstieg der Einkommen je Beschäftigten blieb bis in die jüngste Zeit hinein in allen Mitgliedsländern sehr lebhaft; da sich gleichzeitig die Produktivitätsfortschritte deutlich verlangsamt haben, ist der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit sehr hoch. Betrachtet man das Jahr 1970 insgesamt, so dürften die Einkommen je Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe aufgrund erster, naturgemäß noch sehr provisorischer, Schätzungen der Dienststellen der Kommission je nach Land um 10 bis 22 % gestiegen sein. Dabei liegt Frankreich am unteren Ende der Skala und Italien am oberen. Unter Berücksichtigung der Produktionszunahme kann der Anstieg der Arbeitskosten je Produkteinheit im warenproduzierenden Gewerbe 1970 in Italien auf rd. 14 %, in Deutschland auf etwa 12,5 %, in Frankreich auf annähernd 5 % sowie in den Niederlanden und in Belgien auf rd. 4,5 % geschätzt werden.

Die weitere Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1971 wird vor allem von drei Faktoren bestimmt: der Entwicklung der Weltkonjunktur, den Nachwirkungen der Steigerung des Masseneinkommens im Jahre 1970 und den Wirkungen der zukünftigen Lohnvereinbarungen auf Investitionen und Verbrauch sowie dem zukünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik.

Tendenzen in der Weltkonjunktur

Hinsichtlich der Weltkonjunktur ist 1971 eine gegenläufige Entwicklung in den Vereinigten Staaten sowie im Vereinigten Königreich einerseits und Kontinentaleuropa andererseits zu erwarten. Während in den beiden erstgenannten Ländern wieder mit einer Konjunkturbelebung zu rechnen ist, dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den

meisten Ländern Kontinentaleuropas 1971 weiter verlangsamen. Dies dürfte dazu führen, daß sich zwischen diesen Ländern die Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts, bei denen sich die Schere 1970 weiter geöffnet hat, 1971 wieder annähern werden.

In der amerikanischen Wirtschaft scheint die Produktionskurve ihren Tiefpunkt bereits überschritten zu haben. Nach dem Streik in der Automobilindustrie, von dem zahlreiche Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft gezogen worden sind, wird sich nicht nur die Industrie bemühen, die erlittenen Produktionsverluste wettzumachen, sondern auch die bereits vor dem Streik zu beobachtenden Tendenzen für eine Konjunkturerholung dürften wieder an Gewicht gewinnen. Wachstumsfördernd wirken dabei die hohen Einkommenssteigerungen, die Lockerung der Kreditpolitik sowie der Anstieg der öffentlichen Ausgaben, namentlich der Einzelstaaten und der Gemeinden, der bei nur relativ schwach steigenden Staatseinnahmen 1971 ein ziemlich hohes Defizit der öffentlichen Hand zur Folge hat. Angesichts der immer noch ziemlich großen Sparneigung der privaten Einkommensempfänger und der nur schwachen Investitionstätigkeit der Unternehmen, mit der aufgrund der Ergebnisse der jüngsten Investitionsbefragungen gerechnet werden muß, wird allerdings das Wirtschaftswachstum 1971 voraussichtlich nur mäßig bleiben²⁾.

In Großbritannien dürfte sich die in den letzten Monaten zu beobachtende leichte Belebung des Wirtschaftswachstums in mäßigem Tempo fortsetzen. Sie dürfte vor allem von den Verbrauchsausgaben, den Wohnungsbauinvestitionen und einer Aufwärtsentwicklung der Exporte getragen werden, während die Investitionstätigkeit der Unternehmen, den Investitionsbefragungen zufolge, schwach bleiben dürfte.

In den meisten kontinentaleuropäischen Ländern, die nicht zur Gemeinschaft gehören, dürfte sich dagegen das Wirtschaftswachstum verlangsamen. Einmal sind angesichts der starken Preisauftriebstendenzen in den meisten dieser Länder die restriktiven Maßnahmen im Herbst 1970 verschärft worden, zum anderen dürften von der Konjunktur in der Gemeinschaft weniger starke Impulse auf die Wirtschaft dieser Länder ausgehen.

Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung der Wirtschaftsperspektiven in den übrigen Industrieländern und der Annahme einer Verlangsamung der Aufwärtsentwicklung der Importe der Entwicklungsländer rechnen die Dienststellen der Kommission immer noch mit einer wertmäßi-

²⁾ Die kürzlich angekündigte Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten dürfte sich erst allmählich in einer Erholung der Investitionsneigung der Unternehmer niederschlagen.

gen Ausweitung des Welthandels³⁾ im Jahre 1971 von etwa 10 %, gegenüber rd. 13 % im Jahre 1970.

Allerdings dürfte in Anbetracht ihrer Exportstruktur die Zuwachsrates der Ausfuhren der Gemeinschaft 1971 eher geringer ausfallen als die Zunahme des Welthandels. Entscheidend ist dafür, daß der Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten sich aus den bereits früher an dieser Stelle dargelegten Gründen⁴⁾ erst mit einer gewissen Verzögerung in der Entwicklung der Lieferungen der EWG nach den Vereinigten Staaten bemerkbar machen wird und zum anderen die Ausfuhren in die kontinentaleuropäischen Länder der Europäischen Freihandelszone wahrscheinlich nur relativ schwach zunehmen werden.

Verlangsamung des Produktionswachstums

Die Gefahr ist groß, daß die EWG-Binnenkonjunktur 1971 durch eine immer noch relativ rasche Zunahme der nominalen Nachfrage bei gleichzeitiger Abschwächung des realen Wachstums ge-

³⁾ Einschließlich der Einfuhren der EWG aus Nichtmitgliedsländern und aus Mitgliedsländern, aber ohne die Importe der Staatshandelsländer. Die Angaben für 1970 wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der ersten 9 Monate geschätzt.

⁴⁾ Vgl. Bernhard Molitor: Die Konjunkturaussichten in der EWG für 1970, a. a. O., S. 177 ff.

prägt wird. Während 1970 noch vorwiegend Kapazitätsengpässe für die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bestimmend waren, wobei allerdings eine gewisse Differenzierung nach Mitgliedsländern und Branchen unverkennbar ist, werden im Laufe des Jahres 1971 auch stärker Nachfrageelemente eine Rolle spielen. Dies mag zunächst paradox erscheinen, da immer noch mit einer relativ raschen Zunahme der nominalen Gesamtnachfrage gerechnet wird. Es ergibt sich jedoch aus der besonderen Konstellation, in der sich die Wirtschaft in den meisten Ländern der Gemeinschaft befindet. Der Abbau der Übernachfrage, der sich insbesondere in einer Beruhigung der Auftragseingänge, einer Verringerung der Auftragsbestände und einer Verkürzung von Lieferfristen widerspiegelt, hat – zumindest bisher – keinen dämpfenden Einfluß auf den Lohnanstieg gebracht. In fast allen Mitgliedsländern sind daher die Unternehmen einem spürbaren Druck auf die Gewinne ausgesetzt, der in den Wirtschaftszweigen um so größer ausfällt, in denen, sei es wegen einer Abschwächung der Auftragsentwicklung und einer abnehmenden Kapazitätsauslastung – wie in der Stahlindustrie –, sei es wegen anhaltender Arbeitskonflikte – wie in Italien –, die Produktivität zurückgeht oder nur noch geringfügig steigt. Die Unternehmer suchen diesem Druck

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

MILITÄRAUSGABEN UND WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

von Horst Regling

Der ökonomischen Bedeutung der Militärausgaben wurde in der Bundesrepublik bisher wenig Beachtung geschenkt. Erst die sich verstärkenden Hinweise auf die bedeutsamen ökonomisch wirksamen Nebeneffekte, die insbesondere in den USA dem militärischen Sektor zugeschrieben werden, ließen Zweifel an der traditionellen Auffassung von der Unproduktivität der Militärausgaben aufkommen. Die vielfältigen Auswirkungen, die die Ausgaben im militärischen Bereich nach der Wiederaufrüstung auf das Produktionspotential sowie die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ausgelöst haben, sind daher Gegenstand der vorliegenden Analyse.

Oktav, 265 Seiten, 1970, brosch. DM 34,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

durch Preiserhöhungen zu begegnen. Dies hat seinerseits neue Lohnerhöhungen zur Folge, und zwar sowohl wegen gleitender Lohnskalen, wie sie in Italien, Belgien und Luxemburg seit langem bestehen und in Frankreich und den Niederlanden in neue Tarifvereinbarungen zunehmend Eingang finden, als auch wegen der dadurch ausgelösten neuen Lohnforderungen. Psychologisch begünstigt wird ein solcher Lohn-/Preisaufschaukelungsprozeß auch durch die Tatsache, daß sich allgemein die Ansicht immer stärker durchsetzt, daß die Regierungen bei einer sich abzeichnenden Gefahr eines stärkeren Konjunkturreinbruchs, bei dem die Arbeitsplätze spürbar gefährdet würden, rechtzeitig expansive Maßnahmen ergreifen werden — und können. Daß diese keineswegs immer dazu die Möglichkeit haben und durch die Lohn-/Preisspirale selbst bereits erhebliche Barrieren dagegen aufgebaut werden, zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre in anderen wichtigen Industrieländern, namentlich in den angelsächsischen Ländern. In der Tat sind Spätphasen der Hochkonjunktur wenig für einen Kampf der Sozialpartner um eine Verbesserung der Anteile am Volkseinkommen geeignet.

Anhaltende Verbrauchskonjunktur

Das Jahr 1971 wird vor allem im Zeichen der Verbrauchskonjunktur stehen. Die Steigerung des Masseneinkommens aufgrund der starken Anhebung der Nominallöhne und die in allen Mitgliedstaaten vorgesehene Verbesserung der Sozialleistungen werden wiederum eine rasche Steigerung der privaten Verbrauchsausgaben zur Folge haben. Allerdings ist zu hoffen, daß der Anstieg der Lohnsätze allmählich etwas nachlassen wird. Darüber hinaus wird die Zunahme der Lohnsumme 1971 auch durch eine Abschwächung der Beschäftigungszunahme und die voraussichtliche Verkürzung der effektiven Arbeitszeit je Beschäftigten beeinflußt werden. Hinzu kommt, daß ein Teil des Zuwachses der Bruttoeinkommen durch die Steuerprogression beschnitten wird. Dies gilt namentlich für Deutschland, wo bis Mitte 1971 ein Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben wird, und auch für die Niederlande, wo die Regierung die Einkommensteuersätze Anfang 1971 um 3% erhöht hat. In Frankreich dagegen wird die Steuerprogression durch steuerliche Entlastungen der Einkommen in Höhe von 3,2 Mrd. Franc abgeschwächt. Besonders schwierig ist gegenwärtig eine Schätzung über die zukünftige Entwicklung der Sparneigung, da hier unterschiedliche Tendenzen gegenüberstehen: neben der allgemeinen Tendenz, bei starken Einkommenserhöhungen einen größeren Teil des Zuwachses zu sparen, einmal die Bemühungen, sich durch den Erwerb von Sachwerten gegen die Inflationsfolgen abzu-

sichern, andererseits der Zug zu einer zusätzlichen Erhöhung der Spartätigkeit, wenn Arbeitsplätze nicht mehr ganz so sicher sind wie vor dem Höhepunkt des Konjunkturaufschwungs.

Auch von den öffentlichen Verbrauchsausgaben dürften, den Haushaltsplanungen in den Mitgliedsländern zufolge, weiter kräftige Impulse ausgehen, wobei hier insbesondere die Erhöhung der Löhne und Gehälter ins Gewicht fällt.

Von der Investitionstätigkeit werden dagegen weniger starke Impulse ausgehen. Zwar kann im Laufe des Jahres 1971 mit einer Beruhigung des Lagerabstockungsprozesses gerechnet werden. Dies gilt unter anderem für Stahl, wo in Anbetracht der Möglichkeit eines Streiks in der amerikanischen Stahlindustrie im Sommer und des zu erwartenden größeren Rückgriffs auf das europäische Stahlangebot der Handel und die Verbraucher ihre Vorräte eher wieder erhöhen werden.

Abgeschwächte Investitionsneigung

Dagegen dürfte sich die Investitionsneigung der Unternehmen weiter abschwächen. Entscheidend ist hierfür vor allem der Druck auf die Gewinnmargen. Eine Ausnahme bildet Frankreich, wo in den vergangenen zwei Jahren die Gewinnentwicklung der Unternehmen relativ günstig war. Überdies scheinen in einer Reihe von Wirtschaftszweigen die Kapazitäten im Zuge des starken Investitionsbooms der Vorjahre vor allem wegen technischer Gründe, zum Teil vielleicht aber auch wegen Fehleinschätzungen der künftigen Nachfrageentwicklung, so stark ausgeweitet worden zu sein, daß sie vorerst ausreichen dürften. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß die zu erwartende Verlangsamung der Auslandsnachfrage und die Diskussion um eine Verstärkung des Protektionismus jenseits des Atlantiks die Investitionsneigung in Europa dämpfen.

Die ersten Ergebnisse der im Herbst 1970 in der Industrie durchgeführten EWG-Investitionsbefragung lassen für 1971 zwar immer noch steigende Investitionsausgaben der Unternehmen in der Gemeinschaft erwarten. Doch wird sich das Tempo des Ausgabenanstiegs deutlich verlangsamen. Am höchsten wird es in Frankreich sein, wo für 1971 mit einer Zunahme um rd. 14% gerechnet werden kann, nach einem Anstieg von 29% im Jahre 1970. In der BRD, wo sich die Wachstumsrate der Investitionsausgaben 1970 auf etwa 22% belief, ist derzeit für 1971 nur mit einer Zunahme von 5% zu rechnen. Auch für Belgien, wo die Industrie ihre Investitionsausgaben 1970 um fast die Hälfte ausdehnte, wird für 1971 mit nur einem leichten Anstieg gerechnet. Für Italien und Luxemburg liegen noch keine vollständigen Ergebnisse vor, doch

dürfte zumindest im erstgenannten Land ein Anstieg verzeichnet werden. Allgemein sollte man die Verlangsamung der Investitionstätigkeit jedoch nicht zu negativ beurteilen. In den letzten Jahren hat sich die Investitionsquote in den meisten Mitgliedsländern kräftig erhöht, und es erscheint durchaus normal, daß sie sich stabilisiert, in einigen Mitgliedstaaten sogar vorübergehend wieder etwas zurückbildet⁵⁾.

Angesichts des nach wie vor großen Arbeitskräftemangels und des außerordentlich starken Anstiegs der Baukosten dürfte die Entwicklung im Wohnungsbau nur schwach verlaufen, obwohl in eini-

produkts im Jahre 1971 können nach den jüngsten Konjunkturtendenzen, namentlich hinsichtlich der volumenmäßigen Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen und der Höhe des Außenbeitrags, eher etwas zu hoch erscheinen, während die Zunahme des Verbrauchs etwas größer ausfallen dürfte. Sie implizieren eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts in der BRD um 3,5 %, in Frankreich um knapp 5,5 %, in Italien um fast 6,5 %, in den Niederlanden und Belgien um 4 % und in Luxemburg um rd. 2,5 %.

Hinter diesen Wachstumsraten verbirgt sich allerdings eine stärkere Differenzierung der Konjunk-

Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und das Angebot

	1968 1)	1969 1)		1970 2) 4)		1971 3) 4)
	Mrd. RE 5) in laufenden Preisen	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
		Volumen	Werte	Volumen	Werte	Volumen
Bruttoanlageinvestitionen	88,9	+ 9,2	+15,6	+ 8,0	+18,5	+ 5,5
Öffentlicher Verbrauch	54,2	+ 3,9	+11,0	+ 3,0	+11,5	+ 4,5
Privater Verbrauch	228,9	+ 6,9	+11,4	+ 7,0	+12,0	+ 5,5
Bruttosozialprodukt	384,2	+ 7,1	+12,4	+ 6,0	+12,5	+ 4,5
Außenbeitrag (Mrd. RE) 5)	+ 7,1	.	+ 5,3	.	+ 4,8	+ 4,3

1) SAEG, Allgemeine Statistik, 1970, Nr. 10. 2) Schätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. 3) Vorausschätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. 4) Zusammenfassung der Aggregate der einzelnen Mitgliedsländer für die Gemeinschaft insgesamt anhand der amtlichen Währungsparitäten 1963. 5) 1 RE = 1 Rechnungseinheit = 0,888671 g Feingold = 1 US-Dollar zu den amtlichen Wechselkursen.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vierteljahresbericht 3/4 - 1970, „Zur Wirtschaftslage der Gemeinschaft“, S. 23; Angaben für 1970 revidiert.

gen Ländern – wie Italien und den Niederlanden – im Laufe des Jahres 1970 den Wohnungsbau stimulierende Maßnahmen getroffen wurden.

Sofern sich dies im weiteren Verlauf des Jahres als notwendig erweist, könnte eine gewisse Ausgleichsfunktion hinsichtlich der Investitionen von der öffentlichen Hand ausgeübt werden. Aufgrund der Haushaltsplanungen ist zur Zeit mit einem leicht beschleunigten Wachstum der öffentlichen Investitionsausgaben zu rechnen, doch wird die volumenmäßige Zunahme wegen der starken Verteuerung der Bauleistungen nur sehr begrenzt bleiben. Im übrigen sollte die Ausgleichsfunktion von der generellen Konjunkturlage abhängig gemacht werden, die – insbesondere was den Preis- und Kostenauftrieb angeht – besonders im ersten Halbjahr noch prekär bleiben wird. Nur in Frankreich wurde bisher beschlossen, den Rhythmus für die im Haushalt 1971 vorgesehenen Investitionsausgaben schneller zu gestalten als im Jahre 1970.

Vorausschätzungen für 1971

Die in der folgenden Tabelle im November 1970 von den Dienststellen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufgestellten Vorausschätzungen für das Wachstum des Bruttosozial-

turentwicklung in den verschiedenen Mitgliedsländern. So verläuft gegenwärtig die Konjunktur-entwicklung – gemessen an der Intensität der Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot – relativ am ruhigsten in Frankreich, was nicht zuletzt eine Folge der im Jahre 1970 mit Energie verfolgten restriktiven Linie der öffentlichen Haushalts- sowie der Geld- und Kreditpolitik ist. Auf der anderen Seite stehen die Niederlande, wo die konjunkturellen Spannungen, vor allem unter dem Einfluß der kräftigen Expansion der inländischen Endnachfrage, derzeit immer noch sehr groß sind. Eine besondere Stellung nimmt Italien ein, wo die scharfen Arbeitskonflikte und ihre Nachwirkungen in den letzten beiden Jahren zu empfindlichen Produktionsverlusten geführt haben. Die oben genannte Wachstumsrate von 6,5 % setzt voraus, daß sich das soziale Klima in zunehmendem Maße entspannt und sich die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern normalisieren. Dies wiederum könnte durch die Inangriffnahme wichtiger Strukturreformen fühlbar erleichtert werden. Die potentielle Nachfrage könnte dann sogar noch eine stärkere Produktionszunahme ermöglichen.

5) Der Anteil der Investitionen des Unternehmenssektors (unter Ausschluß des Wohnungsbaus) am Bruttosozialprodukt erreichte 1970 in der Gemeinschaft einen Rekordstand. Er war in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien der höchste seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes.